ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Kurz kommentiert: Krankenhausfinanzierung - Verkabelung - Innerdeutscher Handel - USA - UNIDO IV

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1984) : Kurz kommentiert: Krankenhausfinanzierung - Verkabelung - Innerdeutscher Handel - USA - UNIDO IV, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 64, Iss. 9, pp. 417-418

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/135956

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Krankenhausfinanzierung

Noch kein stimmiges Konzept

Dafür, daß nun endlich auch im Krankenhausbereich die Kostendämpfung Einzug hält, soll der vom Bundesarbeitsminister vorgelegte Gesetzentwurf zur Reform der Krankenhausfinanzierung sorgen. Allerdings weist der Entwurf noch einige Widersprüche auf, die an einem Gesamterfolg zweifeln lassen.

Insbesondere ist zu kritisieren, daß das für die Kostenexplosion hauptverantwortliche Konzept der dualen Finanzierung im Prinzip beibehalten wird. Der kostenneutrale Rückzug des Bundes aus der Finanzierung der Investitionskosten, die gemeinsam mit den Ländern getragen wurden, läßt nämlich den grundsätzlichen Mangel der unterschiedlichen Finanzverantwortung für Investitionen und die Folgekosten, die von den Krankenkassen aufzubringen sind, unberührt. Immerhin ist jedoch schon ein erstes Abrücken von dem dualen Finanzierungsprinzip insoweit festzustellen, als Krankenhäuser und Krankenkassen sogenannte Investitionsverträge abschließen können. Diese würden es erlauben, notwendige Rationalisierungsinvestitionen ganz oder teilweise über die Pflegesätze zu finanzieren.

Im übrigen erhofft man sich von der Einführung differenzierter, leistungsbezogener Entgelte einen Schritt auf dem Wege zu einer wirksamen Kostendämpfung. Gleichzeitig sollen Gewinn- und Verlustmöglichkeiten zugelassen werden. Damit wäre endlich ein Anreiz zur Wirtschaftlichkeit gegeben, und die weitgehend befürwortete Selbstverwaltung im Gesundheitssektor erführe eine notwendige Stärkung. Schließlich sollen die Krankenkassen das Recht erhalten, diejenigen Häuser auszuwählen, mit denen sie Verträge über die stationäre Behandlung abschließen wollen. Die Bundesländer sehen in diesem Vorschlag einen massiven Eingriff in die staatliche Krankenhausplanung, und der von einigen Bundesländern angekündigte Alternativentwurf läßt vermuten, daß der Kampf um die Planungskompetenzen das sowieso noch nicht stimmige Konzept des Ministers weiter verwässern wird. te

Verkabelung

Schlußverkauf bei der Post

Kaum war das Echo der massiven Kritik des Bundesrechnungshofes an der Kabelkalkulation der Bundespost verhallt, überraschte Postminister Schwarz-Schilling die Öffentlichkeit mit einem Paukenschlag. Im Rahmen eines zunächst auf ein Jahr befristeten „Betriebsversuchs" sollen die Kabelanschlußgebühren für größere Wohnanlagen drastisch gesenkt werden. Ist diese Billigaktion als ein offener Affront gegen den Rechnungshof zu werten?

Dies scheint auf den ersten Blick nicht so zu sein, denn der Minister argumentiert, daß sich sein Modell „rechne", weil sinkende Gebühren zu steigender Nachfrage führten. Damit gesteht er aber zugleich ein, daß die Breitbandverkabelung bei den privaten Haushalten auf eine noch geringere Resonanz stößt als zunächst behauptet. Auch die Aussicht auf zukünftige Gebührenerhöhungen, wenn erst einmal genügend Haushalte verkabelt worden sind, dürfte die Nachfrage wenig stimulieren. Überdies beginnt sich herumzusprechen, daß spätestens ab 1986 der Direktempfang via Satellit möglich wird, der eine großflächige Verkabelung weitgehend obsolet macht. Ein Erfolg des „Schlußverkaufs" erscheint daher höchst zweifelhaft.

Wird der eingeschlagene Weg stur weiterverfolgt, so werden knappe, für andere Investitionen dringender benötigte Mittel gebunden. Nach Expertenmeinung wären die Digitalisierung des Telefonnetzes, der Aufbau eines Glasfasernetzes, der Einsatz von Direktsatelliten und die Rationalisierung im „gelben" Bereich vorrangig. Angesichts der sich anbahnenden Fehlentwicklung überrascht es nicht, daß sich Stimmen mehren, die eine engere Begrenzung des Postmonopols zugunsten privater Unternehmen fordern. hn

Innerdeutscher Handel

Kein Grund zur Dramatisierung

Im Warenverkehr mit der DDR sind die Lieferungen der Bundesrepublik im ersten Halbjahr 1984 im Vergleich zur Vorperiode um 21,1 % auf 3,1 Mrd. DM zurückgegangen, die Bezüge haben sich hingegen um 14,7 % auf 3,8 Mrd. DM erhöht. Zur Dramatisierung dieser Entwicklung besteht allerdings – auch nach der Absage des Honecker-Besuchs – kein Grund, denn in den letzten Jahren hatte der innerdeutsche Handel in besonderem Maße von der angespannten Schuldnerposition der DDR gegenüber westlichen Industrieländern profitiert. Ihre dringend benötigten Westimporte bezog sie in dieser Phase verstärkt aus der Bundesrepublik, da ihre Schuldnerposition hier deutlich günstiger war.

Seit dem IV. Quartal 1983 erleben wir eine Korrektur der damals ökonomisch sinnvollen Verlagerung der Bezugsquellen. Möglich wurde diese durch eine erfolgreiche Exportoffensive der DDR in die westlichen Industrieländer, aber auch durch die zwei ungebundenen Finanzkredite westdeutscher Banken in Höhe von knapp 2 Mrd. DM. Die DDR kann nun durch erhöhte Importe aus westlichen Industrieländern den wiederholt vorgebrachten Forderungen dieser Handelspartner entsprechen, damit die eigenen Exportchancen sichern und die enge Bezugsabhängigkeit von der Bundesrepublik wieder etwas lockern.

Dennoch sind die Zukunftsaussichten der deutsch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen, deutet man die Signale von der gerade zu Ende gegangenen Leipziger Herbstmesse, ermutigend. Die DDR konnte ihre chronische Verschuldung gegenüber der Bundesrepublik verringern; das ermöglicht einen größeren Spielraum für zukünftige Bezüge. Der Swing ist gegenwärtig nicht einmal zur Hälfte genutzt, die Bereitwilligkeit westdeutscher Banken zur Finanzierung so gut wie lange nicht mehr. Es ist deshalb nicht unwahrscheinlich, daß die DDR ihre Bezüge im zweiten Halbjahr erhöhen wird. pl

USA

Neue Einfuhrbeschränkungen?

Der Außenhandel ist in den USA zu einem heißen Wahlkampfthema geworden. Die Regierung steht unter starkem Druck, neue Einfuhrbeschränkungen zu verfügen und bestehende zu verschärfen. Zu den rund 100 Gesetzesinitiativen des Kongresses, die eine protektionistische Zielrichtung verfolgen, kommen inzwischen mehr als 200 Schutzanträge einzelner Wirtschaftszweige für die verschiedensten Produkte. Zusätzliche Beschränkungen drohen vor allem im Textil- und Stahlbereich.

Neue Ursprungsregeln für Textilimporte sollen eine Umgehung der mit 24 Ländern im Rahmen von Selbstbeschränkungsabkommen vereinbarten Einfuhrquoten verhindern; sie bilden aber gleichzeitig ein gravierendes administratives Handelshindernis für „legale" Textileinfuhren. Im Stahlsektor hat die International Trade Commission Einfuhrquoten und Sonderzölle für Massenstahlerzeugnisse empfohlen. Damit wäre das 1982 mühsam ausgehandelte Selbstbeschränkungsabkommen mit der EG auf diesem Gebiet hinfällig und ein europäischer „Gegenschlag" unvermeidlich. Er würde vor allem die amerikanischen Bauern treffen, die als Wählerpotential nicht minder gewichtig sind wie die Stahlarbeiter.

In dieser Lage versucht die Regierung, die Last auf wahlpolitisch weniger gefährlich erscheinende Dritte abzuwälzen, d. h. verschiedene Schwellenländer (Brasilien, Mexiko, Spanien, Südkorea), die ihre Stahlexporte in die USA stark erhöht haben, ebenfalls zu einer „freiwilligen" Beschränkung ihrer Lieferungen zu bewegen. Ein derartiges Ansinnen verträgt sich allerdings kaum mit dem gerade von amerikanischer Seite immer wieder hervorgehobenen entwicklungspolitischen Grundsatz, daß hochverschuldete Länder ihre wirtschaftlichen Probleme möglichst aus eigener Kraft und durch eine stärkere Eingliederung ihrer Volkswirtschaften in die internationale Arbeitsteilung lösen sollten. ko

UNIDO IV

Keine Chance in Wien

Die vierte UN-Industrialisierungskonferenz fand in einem weitgehend sachlichen Arbeitsklima statt. Schon im Konferenzvorfeld hatte sich wohl seitens des UNIDO-Sekretariats und der Gruppe 77 die Erkenntnis durchgesetzt, daß nennenswerte finanzielle Zugeständnisse von keiner Geberseite zu erwarten wären. Entsprechend moderat – im Vergleich zu Neu-Delhi und Lima – war dann auch das Auftreten der Entwicklungsländer.

Angesichts dieser Ausgangslage erscheint das unbefriedigende Konferenzergebnis zunächst überraschend. Zwar kann nicht von einem totalen Fehlschlag gesprochen werden; immerhin wurden sieben von neun Sachresolutionen einvernehmlich verabschiedet. Über die weltwirtschaftliche Lageanalyse und in Verbindung damit über die Finanz- und Strukturresolutionen wurde jedoch keine Einigung erzielt. Umstritten war, inwieweit allgemeine Themen wie Zinsentwicklung oder Schuldenkrise – herausgestellt von der Gruppe 77 und den sozialistischen Ländern – oder die Eigenverantwortlichkeit der Entwicklungsländer – hervorgehoben von westlichen Industrieländern – in diese Analyse Eingang finden sollten.

Dahinter verbirgt sich aber ein viel grundsätzlicheres Problem. In einigen Industrieländern ist zunehmender Unmut über eine – tatsächliche oder nur unterstellte – Tendenz zur Überfrachtung von Fachkonferenzen mit sachfremden Problemen zu verspüren. Daneben wird zunehmend die Effektivität vieler UN-Organisationen in Zweifel gezogen. Beides führt im Extremfall dazu, daß das System als solches in Frage gestellt wird. Bei dieser Konstellation hatte UNIDO IV – im Grunde genommen unverdientermaßen – keine Chance, den Nord-Süd-Dialog substantiell voranzubringen. uw